

Yvan Rielle, Rolf Wirz, Reto Wiesli

Gesundheitspolitisches Monitoring in Bund, Kantonen und Städten

Kurzbericht 1/2010 vom März 2010

Die Fachstelle für Gesundheitspolitik polsan GmbH erstellte im Auftrag der Stiftung Gesundheitsförderung Schweiz ein Monitoring Gesundheitspolitik für das **zweite Halbjahr 2009**. Wiederum war das Ziel, jene Bereiche der schweizerischen Politik systematisch zu beleuchten, die für die Stiftung von Bedeutung sind. Das Monitoring umfasst die stiftungsrelevante Politik des Bundes und aller Kantone sowie der Städte Bern, Genf, Lausanne und Zürich. Es deckt dabei die Themen Gesundheitsförderung und Prävention (GF/P), gesundes Körpergewicht (GK) und psychische Gesundheit und Stress (PG), Alkoholprävention (Alk) und Tabakprävention (Tab) ab. Das Monitoring dokumentiert die laufenden Gesetzgebungsprozesse sowie alle parlamentarischen Vorstösse in diesen fünf Themenbereichen. Eine Liste aller in den Parlamenten von Bund und Kantonen hängigen Vorstösse findet sich im Anhang.

Stiftungsrelevante Politik auf Bundesebene

Das neue Jahr hat an der Spitze der nationalen Gesundheitspolitik einige gewichtige **personelle Änderungen** gebracht. Der Freisinnige Neuenburger Didier Burkhalter hat die Nachfolge von Pascal Couchepin im EDI angetreten und amtet neu als Gesundheitsminister. Gleichzeitig ist der langjährige BAG-Direktor Thomas Zeltner auf Ende 2009 in Pension gegangen. Als neuer BAG-Direktor amtet der Jurist Pascal Strupler, den noch

Bundesrat Couchepin ernannt hatte und der unter diesem bereits Generalsekretär im EDI war. Als neuer Generalsekretär im EDI ist sodann Benno Bättig auf Strupler gefolgt. Bättig war zuvor seit 2003 Generalsekretär der Galenica-Gruppe, einer Unternehmensgruppe im Gesundheitsmarkt, die unter anderem Pharmazeutika herstellt und vertreibt und ein grosses Apotheken-Netzwerk führt. Schliesslich hat auch die Führung bei der Konferenz der Kantonalen Gesundheitsdirektorinnen und -direktoren (GDK) per Anfang 2010 gewechselt: Franz Wyss hat sein Amt als Zentralsekretär abgegeben. Auf ihn folgt als neuer Zentralsekretär sein bisheriger Stellvertreter Michael Jordi. Franz Wyss bleibt aber bis zu seiner Pensionierung im Sommer 2010 als „Projektleiter Gesundheitspolitik“ bei der GDK.

Gesetzgebung

Inhaltlich geniesst der Entwurf zum **Präventionsgesetz** aus Stiftungssicht weiterhin zentrale Bedeutung. Am 30. September 2009 hat der Bundesrat seinen Gesetzesentwurf und die Botschaft an das Parlament überwiesen. Sein Entwurf sieht vor, die Steuerung und Koordination von Präventions-, Gesundheitsförderungs- und Früherkennungsmassnahmen in der Schweiz zu verbessern mit dem Schweizerischen Institut für Prävention und Gesundheitsförderung ein neues Kompetenzzentrum auf Bundesebene zu schaffen. Er enthält hingegen keine spezifischen Präventionsmassnahmen, sondern regelt u.a. die Steuerung und Koordination, die Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen, die Organisation und Finanzierung des Instituts sowie die Rahmenbedingungen für die Verwendung des KVG-Prämienzuschlags und der Tabakpräventionsabgabe und die Finanzhilfen an nicht-staatliche Organisationen. Der Gesetzesentwurf wurde dem Nationalrat als Erstrat übertragen. Dessen Kommission für Soziale Sicherheit und Gesundheit wird sich voraussichtlich am 25. und 26. März 2010 erstmals mit der Vorlage befassen. Der für Ende März oder allenfalls Ende April erwartete Entscheid wird für den weiteren Verlauf wegweisend sein und zeigen, welche Chancen das Präventionsgesetz hat, welches die strittigsten Punkte sind und wie sich das befürwortende und gegnerische Lager in einzelnen Fragen positionieren. Weiter fortgeschritten ist derweil die Totalrevision des **Sportförderungsgesetzes**, das ebenfalls gesundheitspolitische Elemente enthält, die die Arbeit der Stiftung tangieren: Am 11. November 2009 hat der Bundesrat seinen Entwurf und die Botschaft an das Parlament überwiesen. Der Vorschlag sieht unter anderem vor, die Sport- und Bewegungsförderung für alle Altersgruppen fortzuführen und die Angebote von Kantonen, Gemeinden und Privaten gemäss bisheriger Praxis bundesseitig subsidiär zu unterstützen. Zudem soll der Bereich Jugend und Sport auf die Altersgruppe der Fünf- bis Zehnjährigen ausgedehnt werden. Festhalten will der Bundesrat ferner am Schulsportobligatorium, allerdings sollen der zeitliche Umfang und die Qualität in Zukunft den Kantonen überlassen, das bisher vom Bund vorgeschriebene

Obligatorium von drei Wochenstunden also gelockert werden. Als erstes wird sich der Nationalrat mit diesen Vorschlägen befassen. Am 4. und 5. Februar 2010 hat seine vorberatende Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur bereits erste Teile des Entwurfs beraten. Mit den aus Stiftungssicht interessanten Bereichen - insbesondere dem Schulsportbereich - wird sie sich aber erst in ihrer Aprilsitzung befassen. Nachwievor in der Warteschlange befindet sich dagegen der für die Stiftung massgebende zweite Teil der Revision des **Unfallversicherungsgesetzes**, in dem festgehalten werden soll, dass die SUVA gegen Entgelt Beratungen und Ausbildungen in der betrieblichen Gesundheitsförderung anbieten darf. Der Nationalrat hatte das Geschäft wegen des heftig umstrittenen ersten Teils der Vorlage, von dem die Stiftung nicht unmittelbar tangiert ist, an die Kommission zurückgeschickt. Diese nahm Ende Januar 2010 die Beratungen wieder auf und schloss sie nun mehr oder weniger ab. Allerdings hat sie für einige Fragen weitere Abklärungen in Auftrag gegeben, welche einige Zeit in Anspruch nehmen. Deshalb wird die Kommission die Beratungen erst Ende Juni 2010 definitiv abschliessen. Die Vorlage soll dann inklusive des stiftungsrelevanten zweiten Teils in der Herbstsession 2010 im Plenum des Nationalrats beraten werden.

Weniger weit ist die laufende Überarbeitung des **Lebensmittelrechts**, bei der die Anpassung an das EU-Recht im Vordergrund steht: Am 16. Oktober 2009 wurde das Vernehmlassungsverfahren zum revidierten Lebensmittelgesetz (LMG) abgeschlossen. Mit den im Entwurf vorgeschlagenen Änderungen soll die Schweiz zukünftig an den Systemen der Lebensmittel- und Produktesicherheit der EU teilnehmen können. Bei den Anpassungen geht es insbesondere um die Einführung des Vorsorgeprinzips, die Übernahme der Definitionen des EG-Rechts und das Einführen des Täuschungsverbots für bestimmte Gebrauchsgegenstände. Weiter soll das europäische System der Höchstwerte für Mikroorganismen, Fremd- und Inhaltsstoffe (z.B. Transfettsäuren) zukünftig auch in der Schweiz gelten. Ende April 2010 will das BAG den Vernehmlassungsbericht veröffentlichen, noch vor der Sommerpause sollen der Gesetzesentwurf und die Botschaft an das Parlament gehen. Erwartet wird, dass die parlamentarischen Beratungen im Herbst oder Winter 2010 beginnen. Parallel dazu revidieren das EDI und das BAG auch zahlreiche Verordnungen des Lebensmittelrechts, wobei auch diese Anpassungen im Zeichen der Angleichung an das EG-Recht stehen sowie im Hinblick auf die Erleichterung des freien Warenverkehrs mit der EU erfolgen sollen. Bis am 1. März liefen zu den verschiedenen Verordnungen die Anhörungen für die interessierten Kreise. Geplant ist, die neuen Verordnungen am 1. Juli 2010 in Kraft zu setzen. Bereits abgeschlossen wurden in der Zwischenzeit dagegen die Arbeiten am **Bundesgesetz über die technischen Handelshemmnisse**, mit dem das so genannte Cassis-de-Dijon-Prinzip eingeführt und der Warenverkehr mit der EU weiter erleichtert werden soll. Weil das von einem Komitee um den Genfer Winzer Willy Cretegnny ergriffene und von den Grünen und der SVP un-

terstützte Referendum bereits in der Phase der Unterschriftensammlung scheiterte, treten das teilrevidierte Gesetz und mit ihm das Cassis-de-Dijon-Prinzip sowie die dazugehörige Vollzugsverordnung nun ohne Volksabstimmung in der ersten Jahreshälfte 2010 in Kraft. Weiter laufen dagegen die Verhandlungen zwischen der Schweiz und der EU über **Abkommen im Agrar-, im Lebensmittel- und im Gesundheitsbereich**. Zur Diskussion steht unter anderem eine verstärkte Zusammenarbeit bei der Lebensmittel- und Produktesicherheit und beim Gesundheitsschutz. Geplant sind der Anschluss an drei Schnell- und Frühwarnsysteme sowie die Teilnahme an den beiden entsprechenden EU-Agenturen und am Gesundheitsprogramm. Beim aus Stiftungssicht massgebenden Gesundheitsprogramm handelt es sich um ein Rahmenprogramm der EU, das Projekte zur Förderung der Gesundheit mitfinanziert und gesundheitsfördernde Massnahmen unter anderem zu Faktoren wie Ernährung, Alkohol oder Rauchen unterstützt. Nach Auskunft des Integrationsbüros, das die Verhandlungen mit der EU koordiniert, werden noch mehrere Verhandlungsrunden nötig sein. Ein Abschluss steht also nach wie vor nicht unmittelbar bevor. Selbst im Falle eines dereinst erfolgreichen Verhandlungsabschlusses bleibt zudem die innerstaatliche Umsetzung in der Schweiz vorbehalten, wobei insbesondere die geforderte Schaffung eines **Tabakproduktegesetzes** auf grossen Widerstand stossen dürfte. Ein solches Tabakproduktegesetz befindet sich beim BAG in Vorbereitung. Sein Schicksal und vor allem auch der Zeitplan sind aber eng mit den EU-Verhandlungen verbunden.

Die Gesetzgebung im Bereich des **Passivrauchschutzes** ist derweil fortgeschritten: Der Bundesrat hat am 28. Oktober 2009 das Bundesgesetz zum Schutz vor Passivrauchen sowie die Verordnung mit den Ausführungsbestimmungen zum Gesetz per 1. Mai 2010 in Kraft gesetzt. Dennoch bleibt der Bereich Tabakprävention weiter auf der politischen Agenda, denn die Bestimmungen zum Passivrauchschutz gehen der Lungenliga Schweiz zu wenig weit. Für ihre im Mai 2009 lancierte **Volksinitiative „Schutz vor Passivrauchen“** hat sie nach eigenen Angaben in den ersten sechs Monaten bereits 85'000 Unterschriften gesammelt, so dass die Initiative aller Voraussicht nach zustande kommen wird. Erklärtes Ziel der Initianten ist es, bis am 31. März 2010 120'000 Unterschriften gesammelt zu haben. Eine eigentliche Neuausrichtung steht im Bereich Alkoholpolitik mit der Überarbeitung des **Alkoholgesetzes** bevor. Geplant ist unter anderem die Schaffung rechtlicher Grundlagen für Testkäufe, für gezielte Massnahmen gegen Billigstangebote sowie für zeitlich und örtlich limitierte Alkoholverbote. Geprüft wird überdies, ob das geltende Alkoholgesetz durch zwei Gesetze abgelöst werden soll (ein Spirituosensteuergesetz und ein Alkoholmarktgesetz). Zudem soll auch eine Rückführung der Aufgaben der Eidgenössischen Alkoholverwaltung (EAV) in die zentrale Bundesverwaltung geprüft werden. Der ursprüngliche Zeitplan sah vor, dass im Februar 2010 den interessierten Kreisen ein erster Entwurf zur Vernehmlassung zugestellt wird. Diesen

Zeitplan hat die EAV aber in der Zwischenzeit korrigiert: Neu ist vorgesehen, den Vernehmlassungsentwurf im April 2010 zu veröffentlichen. Das Verfahren soll bis im September 2010 dauern. Geplant ist sodann, in der zweiten Hälfte 2011 einen Entwurf mit Botschaft dem Parlament zu überreichen. Derweil ist mit der Revision des **Radio- und Fernsehgesetzes (RTVG)** im Bereich der Alkoholprävention vergangenen Herbst ein wichtiger Entscheid des Parlaments gefallen: Nach langem Hin und Her haben sich National- und Ständerat am 25. September 2009 erst in der Einigungskonferenz darüber geeinigt, das **Werbeverbot** für Bier und Wein (nicht aber für Hochprozentiges) im RTVG für alle Fernsehveranstalter aufzuheben. Damit schwenkten die Räte im letzten Moment auf die Linie des Nationalrats ein, der eine Lockerung des Werbeverbots stets befürwortete, während der Ständerat sich beharrlich dagegen aussprach und das Verbot gar noch ausweiten wollte. Das lange parlamentarische Ringen verdeutlicht, wie knapp die Mehrheiten in Präventionsfragen sind. Ebenfalls wenig präventionsfreundlich scheint bis jetzt die Teilrevision des **Bundesgesetzes über den Einkauf von Waren in Zollfreiläden auf Flughäfen** auszufallen, bei der am 6. September 2009 die Frist für die Vernehmlassung endete. Der Verkauf von Waren in Zollfreiläden an den Schweizer Flughäfen soll gemäss der Vorlage neu auch für aus dem Ausland ankommende Passagiere geöffnet werden. Damit würden alkoholische Getränke und Tabakwaren auch für Einreisende von Zöllen und Steuern befreit und damit stark verbilligt. Gemäss der federführenden Oberzolldirektion sollen die Botschaft und der Gesetzesentwurf bereits im März 2010 vom Bundesrat zuhanden des Parlaments verabschiedet werden.

Weiterhin von Interesse bleibt die laufende **Mehrwertsteuerreform**, bei der trotz erster Entscheide vor allem die für zahlreiche Akteure im Gesundheitswesen bedeutenden Fragen noch nicht geklärt sind. So steht insbesondere der Entscheid über die Höhe der Steuersätze und die Einführung eines Einheitssteuersatzes noch immer aus. Davon wären vor allem Organisationen des Gesundheitswesens besonders betroffen, denn sie profitieren heute zu grossen Teilen von Ausnahmeregelungen (Steuerbefreiung) und einem reduzierten Steuersatz (von 2,5%). Mit der vorgesehenen Neuregelung würde das Gesundheitswesen nun aber fast vollständig steuerpflichtig werden. Allerdings wurden die Beratungen mittlerweile ausgesetzt. Der Bundesrat hat sich am 14. Oktober 2009 noch einmal für eine radikale Vereinfachung der Mehrwertsteuer ausgesprochen und unterstützt weiterhin die Einführung eines Einheitssatzes und die Abschaffung zahlreicher Steuerausnahmen. Da sich die Ausgangslage seit der Verabschiedung der ursprünglichen Botschaft zur Mehrwertsteuerreform aber geändert hat (u.a. wegen der in der Volksabstimmung vom 27. September 2009 genehmigten Erhöhung der Mehrwertsteuer für die IV), schlägt er vor, für diesen Teil der Reformvorlage eine Zusatzbotschaft vorzulegen. Nach Auskunft der Eidgenössischen Finanzverwaltung soll diese noch vor den Sommerferien an das Parlament weitergeleitet werden. Offen ist dabei, ob und inwie-

fern auch die Organisationen des Gesundheitswesens von den neuen Überlegungen tangiert werden.

Im Bereich der psychischen Gesundheit wird auf Bundesebene derzeit vor allem die Frage der **Suizid-Hilfe** kontrovers diskutiert. Der Bundesrat will die organisierte Suizidhilfe ausdrücklich regeln und schlägt zwei Varianten zur Änderung des Strafrechts vor: entweder eine Festlegung von klaren Sorgfaltspflichten im Strafrecht für Mitarbeitende von Suizidhilfeorganisationen oder aber ein Verbot der organisierten Suizidhilfe. Er hat am 28. Oktober 2009 diese zwei Varianten eines Gesetzesentwurfes mit einem erläuternden Bericht in die Vernehmlassung geschickt. Sie dauerte bis am 1. März 2010. An der bisherigen liberalen Regelung, welche die Beihilfe zum Suizid ohne selbstsüchtige Beweggründe zulässt, will der Bundesrat grundsätzlich keine Abstriche machen. Da die Suizidhilfeorganisationen aber den rechtlichen Spielraum vermehrt ausschöpften und sich teilweise den staatlichen und standesrechtlichen Kontrollmechanismen entziehen würden, drängten sich nach Überzeugung des Bundesrates Leitplanken und Schranken auf. Im Vordergrund müsse der Schutz des menschlichen Lebens stehen. Er betont dabei ausdrücklich die Bedeutung insbesondere der Förderung der Palliativmedizin und der Suizidprävention als wichtige Alternativen. Der bundesrätliche Entwurf wird bereits in der Vernehmlassung heftig und kontrovers diskutiert, wobei in erster Linie die Sterbehilfeorganisationen im Fokus stehen. Sie sind seit längerem auch Thema zahlreicher parlamentarischer Vorstösse: Nicht weniger als 21 Vorstösse wurden im National- und Ständerat seit 2005 zum Thema Suizid-Hilfe eingereicht. Für die Stiftung Gesundheitsförderung Schweiz von Bedeutung ist im Bereich der Suizidprävention der für den 18. und 19. März 2010 geplante Nationale Suizidkongress zum Thema „Wohin mit der Suizidprävention in der Schweiz?“.

Vorstösse

Ein Blick auf die stiftungsrelevanten Vorstösse in den eidgenössischen Räten zeigt, dass sich der in den vergangenen beiden Berichten zu erkennende Trend nicht fortsetzt: In den stiftungsrelevanten Themenbereichen wurden jüngst wieder mehr Vorstösse eingereicht als in den Vorperioden. Konnte in der zweiten Hälfte 2008 die Einreichung von sieben Vorstößen und im ersten Halbjahr 2009 von gerade noch drei Vorstößen verzeichnet werden, waren es im zweiten Halbjahr 2009 doch immerhin acht neu eingereichte Vorstösse. Die Vermutung, dass angesichts der anstehenden Behandlung des Präventionsgesetzes im Parlament eine gewisse abwartende Haltung eingenommen wird, hat sich nicht bestätigt - im Gegenteil: Einzelne Vorstösse wurden explizit als Reaktion auf die entsprechende Botschaft des Bundesrates eingereicht. Unabhängig davon sind aber, anders als in den Vorperioden, in allen Bereichen wieder vermehrt Vorstösse zu verzeichnen.

Von den in den eidgenössischen Räten neu eingereichten Vorstössen sind zwei aus dem allgemeinen Bereich „Gesundheitsförderung und Prävention“ speziell bemerkenswert. CVP-Präsident Darbellay fordert in einem Postulat, dass Präventionsmassnahmen überprüft werden, im Bereich der Prävention eine klare Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen erreicht wird und die Ausgaben für die Prävention um zehn Prozent reduziert werden. Sparpotenzial sieht er insbesondere bei Informations- und Kommunikationskampagnen - statt Plakatkampagnen zu finanzieren, sollen aus seiner Sicht lieber Sport- und Jugendverbände direkt unterstützt werden. Auch wenn der Bundesrat in seiner Antwort klar darlegt, dass der Prävention seit 2003 weniger Mittel zufließen, dass eine Umcodierung im Bundesamt für Statistik falsch interpretiert wurde und dass die Kampagne der Stiftung nicht vom Bund verantwortet wird, erscheint diese doch relativ präventionskritische Position der CVP im Hinblick auf die Behandlung des Präventionsgesetzes als problematisch: denn es ist zu bedenken, dass Präventionsanliegen ohne Unterstützung dieser Partei im Parlament kaum eine Chance haben dürften.

Noch kritischer ist die Interpellation von Nationalrat Engelberger, der den Bundesrat nach seiner Bereitschaft fragt, auf das geplante Präventionsgesetz zu verzichten. Selbstverständlich wird dieser Verzicht, wie es der Vorstosstitel sagt, implizit gefordert. Das Präventionsgesetz und insbesondere das geplante Institut seien überflüssig, die gesetzlichen Grundlagen reichten für eine sinnvolle, angemessene Präventionspolitik. Zudem wird kritisiert, dass der Bundesrat bei der Ausarbeitung der Botschaft viel zu wenig auf die in der Vernehmlassung von der Wirtschaft vorgebrachten Bedenken eingegangen sei. Die Argumentation dieses Vorstosses von Engelberger, FDP-Nationalrat und Präsident des Schweizerischen Gewerbeverbandes (SGV), deckt sich praktisch vollständig mit jener einer Medienmitteilung des SGV vom 30. September 2009 sowie jener eines Hintergrundpapiers der Allianz der Wirtschaft für eine massvolle Präventionspolitik (AWMP) vom 21. Dezember 2009. Die Haltung eines Teils der Wirtschaft bezüglich Präventionsgesetz ist also klar. Die Antwort des Bundesrates ist zwar ebenfalls klar, allerdings werden dort auch die düsteren Finanzierungsperspektiven im Rahmen der Entlastung des Bundeshaushalts ab 2011 erwähnt. Diese Bedrohung wird mit der Budgetdebatte für das Jahr 2011 ab September akut werden.

Neu eingereicht wurde überdies eine Interpellation von Nationalrätin Flückiger-Bäni (SVP), in welcher Aktivitäten des Bundesamts für Gesundheit im Bereich Ernährung kritisiert werden, weil sie unnötigerweise und zu stark in die Wirtschaft eingriffen und die Bürger bevormunden wollten. Der Bundesrat lehnt die Vorwürfe ab und verweist auf die ernährungsbedingten Gesundheitskosten und die Freiwilligkeit von actionsanté, die Stiftung wird dabei nicht erwähnt. Ebenfalls neu sind zwei Interpellationen im Bereich der psychischen Gesundheit. Nationalrat Robbiani (CVP) fragt den Bundesrat nach seiner Haltung bezüglich alarmierender Befunde zum Stress im Berufsalltag. Der Bundesrat

setzt laut seiner Antwort auf verstärkte Aufklärungsarbeit hinsichtlich bestehender Präventionsmassnahmen, zieht aber keine gesetzlichen Anpassungen bezüglich Arbeitszeit in Betracht. In ein sehr ähnliches Gebiet fällt die Interpellation von Ständerat Recordon (Grüne). Sie thematisiert aber zusätzlich das Suizidrisiko, insbesondere bei Bundesangestellten. Der Bundesrat führt in seiner Antwort eher die Tragweite des Problems aus als die möglichen Lösungen oder gar Strategien gegen den Stress und verweist insbesondere auf das SECO und die Kantone.

Stiftungsrelevante Politik in den Kantonen

Gesundheitsgesetze

Die Dynamik der Gesetzgebung im Bereich der Gesundheitsförderung und Prävention ist auf kantonaler Ebene seit einem Jahr eher gering. Weil vielerorts in der jüngeren Vergangenheit neue Gesetze erlassen wurden, die der Gesundheitsförderung und Prävention einen grösseren Stellenwert einräumen, hat der Schwung etwas nachgelassen. Der Fokus richtet sich zunehmend auf die Umsetzung und Konkretisierung der neuen gesetzlichen Grundlagen. In den Kantonen Aargau und Schwyz wurden die revidierten Gesundheitsgesetze auf Anfang 2010 in Kraft gesetzt. Im Kanton Bern hat die Revisionsvorlage den Grossen Rat in nur einer Lesung bereits passiert, die Inkraftsetzung kann damit spätestens auf Anfang 2011 geschehen. Gesundheitsförderung und Prävention werden im neuen Gesetz explizit als Bereich aufgeführt, für den der Kanton finanzielle Beiträge gewähren kann.

Im Kanton Basel-Stadt, der bisher kein umfassendes Gesundheitsgesetz kennt, wird ein vollständig neues Gesetz erarbeitet. Gesundheitsförderung und Prävention sollen im neuen Gesetz auch hier Eingang finden und damit eine rechtliche Grundlage erhalten. Die Vernehmlassung wurde Ende 2008 abgeschlossen, Informationen zu den Ergebnissen und zum weiteren Vorgehen sind im Laufe des Jahres 2010 zu erwarten. In den Kantonen Obwalden, St. Gallen und Schaffhausen stehen Revisionen der Gesundheitsgesetze noch ganz am Anfang. In allen drei Kantonen sind die Vorarbeiten im Gang, die konkreten Revisionsarbeiten haben noch nicht begonnen. Über den geplanten Inhalt und insbesondere über den für Gesundheitsförderung und Prävention vorgesehenen Stellenwert in den überarbeiteten Gesetzen ist noch nichts bekannt. Die Entwicklung in diesen Kantonen wird in den nächsten Jahren speziell interessant zu beobachten sein.

Tabelle: Stellenwert von GF/P in den Gesundheitsgesetzen der Kantone

	Stellenwert GF/P hoch, teilweise älteres GesG	Stellenwert GF/P tief, obwohl neues GesG	Revision GesG in Gang, Aufwertung GF/P geplant	Revision GesG geplant; Stellenwert GF/P offen	Revision GesG weder in Gang noch geplant
AG	x				

AI		x		
AR	x			
BE			x	
BL	x			
BS			x	
FR	x			
GE	x			
GL	x			
GR	x			
JU	x			
LU	x			
NE	x			
NW	x			
OW				x
SG				x
SH				x
SO		x		
SZ		x		
TG				X
TI	x			
UR	x			
VD	x			
VS	x			
ZG	x			
ZH	x			

Vorstösse

Derzeit sind in kantonalen Parlamenten insgesamt 21 Vorstösse mit einem Bezug zu stiftungsrelevanten Themen hängig. Einer dieser Vorstösse ist dem allgemein gehaltenen Themenfeld „Gesundheitsförderung und Prävention“ zuzuordnen, sechs betreffen den Bereich „Gesundes Körpergewicht“, sechs haben das Thema „Psychische Gesundheit“ zum Inhalt. Zwei Vorstösse fallen in den Bereich „Alkoholprävention“ und fünf in den Bereich „Tabakprävention“. Ein weiterer Vorstoss berührt beide letztgenannten Themen. Auffallend ist bei dieser Verteilung, dass das klare Übergewicht des Bereichs „Gesundes Körpergewicht“ (vgl. vergangene Berichte) etwas zurückgegangen ist und dass eine Häufung im Bereich „Tabakprävention“ auftritt. Diese hängt unter anderem mit der Aktualität des Themas Passivrauchen in einzelnen Kantonen zusammen.

Insgesamt hat die Dynamik der kantonalen Politik im Bereich der stiftungsrelevanten Themen gegenüber der Vorperiode wieder deutlich zugenommen. Von den 27 im letzten Monitoring erfassten hängigen Vorstösse wurden in der Zwischenzeit 14 erledigt, während im gleichen Zeitraum neun neue hinzukamen. Zusätzlich wurden elf weitere Vorstösse mit stiftungsrelevantem Inhalt im zweiten Halbjahr 2009 eingereicht und zwischenzeitlich auch schon wieder erledigt. Insgesamt wurden also seit dem letzten Monitoring ganze zwanzig Vorstösse eingereicht. Damit wurden im jüngsten Halbjahr ähnlich wie auf Bundesebene auch in den Kantonen wieder klar mehr neue Vorstösse eingereicht als in der Vorperiode.

Diese im zweiten Halbjahr 2009 eingereichten Vorstösse entfallen allerdings auf nur 14 Kantone. In knapp der Hälfte der Kantone ist folglich überhaupt keine stiftungsrelevante parlamentarische Aktivität zu verzeichnen. Es sind dies die Kantone Appenzell Innerrhoden, Appenzell Ausserrhoden, Baselland, Glarus, Graubünden, Luzern, Obwalden, St. Gallen, Schaffhausen, Schwyz, Thurgau und Uri. Die beobachtete Dynamik in den kantonalen Parlamenten ist also weiterhin insofern zu relativieren, als es sich nicht um eine flächendeckende Dynamik handelt, sondern vielmehr einzelne Kantone bzw. deren Parlamente als Zugpferde in den stiftungsrelevanten Themenfeldern auftreten. Die Aufzählung der Kantone ohne entsprechende Vorstösse verändert sich im Laufe der Zeit weiterhin nur marginal, was zeigt, dass eine relativ grosse Anzahl an Kantonen besteht, deren Parlamente in stiftungsrelevanten Politikfeldern keinerlei Aktivität zeigen.

Stiftungsrelevante Politik in den ausgewählten Städten

Spezifische **rechtliche Grundlagen** für die Gesundheitsförderung und Prävention sind auf städtischer Ebene kaum vorhanden. Die Städte Bern, Genf, Lausanne und Zürich stützen ihre Aktivitäten primär auf das übergeordnete kantonale Recht ab und gehen im Rahmen eigener Regelungen deshalb kaum über die Konkretisierung von Zuständigkeiten hinaus. Die Stadt Genf verfügt zudem nicht über einen eigenen administrativen Gesundheitsbereich. Die Anzahl hängiger **Vorstösse** ist mit sechs kleiner als beim letzten Monitoring (vgl. Bericht 2/2009). In der zweiten Hälfte des Jahres 2009 wurden in den untersuchten Stadtparlamenten nur drei neue Vorstösse eingereicht, während sieben erledigt wurden. Die hängigen Vorstösse sind folgendermassen auf die Themenbereiche verteilt: Zwei Vorstösse betreffen den Bereich „Gesundheitsförderung und Prävention“, und vier fallen in den Bereich „Gesundes Körpergewicht“. In den Bereichen „Psychische Gesundheit“, „Alkoholprävention“ und „Tabakprävention“ ist kein einziger Vorstoss hängig. Allerdings ist in diesen Themengebieten nicht gar nichts gelaufen: Je zwei Vorstösse aus den Bereichen „Psychische Gesundheit“ und „Tabakprävention“

sowie einer aus dem Bereich „Gesundheitsförderung und Prävention“ wurden im vergangenen Halbjahr eingereicht, sind aber bereits erledigt. Auch auf städtischer Ebene bleibt die geographische Verteilung ähnlich wie in den Vorperioden: In den beiden Deutschschweizer Städten läuft klar mehr als in den beiden Städten der Romandie.

Anhang 1: Liste der auf Bundesebene hängigen Vorstösse nach Themenbereich

Stand der Dinge	Urheber / Urheberin (Partei)	Thema	Datum der Einreichung	Instrument	Titel des Vorstosses (Nummer Curia Vista)	Inhalt des Vorstosses	Stand des Geschäfts	Im Sinne von Gesundheitsförderung und Prävention?	Politische Bedeutung
Unverändert	Galladé (SP)	GF/P	20.03.08	Mo	Familienbasierte Prävention im Frühbereich (08.3189)	Begleitung und Koordination der Umsetzung zentraler Massnahmen im Frühbereich; Sonderkredit von 7 Millionen Franken für kantonale Programme.	Hängig beim Parlament; Antrag BR: Ablehnung.	+	
Unverändert	Galladé (SP)	GF/P	20.03.08	Mo	Kinderärztliche Vorsorgeuntersuchungen für alle Kinder im Vorschulalter (08.3182)	Erarbeitung gesetzlicher Grundlagen für obligatorische kinderärztlichen Vorsorgeuntersuchung für Kinder im Vorschulalter.	Hängig beim Parlament; Antrag BR: Ablehnung.	+	
Unverändert	Zemp (CVP)	GF/P	19.03.08	Ip	Präventionsmaschinerie des Bundesamtes für Gesundheit (08.3153)	Kritische Fragen zum Nationalen Programm Ernährung und Bewegung sowie zum Nationalen Programm Alkohol (Kosten, Freiheiten des Bürgers).	Hängig beim Parlament; Diskussion verschoben im Jun. 08; Antwort BR am 21.5.08.	-	!
Unverändert	Spuhler (SVP)	GF/P	28.05.08	Ip	Aktivismus des BAG. Volkswirtschaftliche Schäden und Auswirkungen (08.3258)	Auskunft über Mitteleinsatz für Kampagnenzwecke und den Aufbau eines Präventionsinstitutes; Stellungnahme zu volkswirtschaftlichen Auswirkungen der Einschränkungen im Bereich von Tabak, Alkohol und Ernährung.	Hängig beim Parlament; Antwort BR am 27.8.08.	-	!
Unverändert	Galladé (SP)	GF/P	11.06.08	Po	Kompetenz der Eltern im Frühbereich und in kritischen entwicklungsbedingten Übergängen (08.3330)	Bericht über Möglichkeiten der Information und der Verbesserung der Selbstkompetenz der Eltern im Bereich soziale/gesundheitliche Risiken, Bildung, Erziehung.	Hängig beim Parlament; Antrag BR: Ablehnung.	+	

Stand der Dinge	Urheber / Urheberin (Partei)	Thema	Datum der Einreichung	Instrument	Titel des Vorstosses (Nummer Curia Vista)	Inhalt des Vorstosses	Stand des Geschäfts	Im Sinne von Gesundheits- förderung und Prävention?	Politische Bedeutung
Unverändert	Donzé (CVP)	GF/P	13.06.08	Mo	Neuverteilung der Bundesmittel für Prävention (08.3409)	Neue Mittelverteilung im Rahmen des vorgesehenen Präventionsgesetzes; insbesondere mehr Mittel für die Suizid- prävention.	Hängig beim Parlament; Antrag BR: Annahme; Diskussion verschoben im Okt. 08.	+	!!
Neu	Engelberger (FDP)	GF/P	08.12.09	lp	Neues Präventionsge- setz. Übungsabbruch (09.4083)	Bereitschaft des Bundesrates zum Ver- zicht auf das geplante Präventionsge- setz?	Hängig beim Parlament. Antwort BR am 24.02.2010	-	!
Neu	Darbellay (CVP)	GF/P	11.12.09	Po	Konzentration der Mittel im Bereich der Prävention (09.4306)	Klare Aufgabenteilung Bund/Kantone, Überprüfung von Präventionsmassnah- men, Straffung und Reduktion der Aus- gaben für Prävention.	Hängig beim Parlament. Antwort BR am 24.02.2010. Antrag BR: Ablehnung	-	!!
Unverändert	Carobbio (SP)	GK	05.06.08	lp	Wirksame Bekämpfung der Mangelernährung bei Kindern unter drei Jahren (08.3282)	Bereitschaft des BR, Qualität der Nah- rungsmittelhilfe abzuklären und sich für Nahrungsmittelhilfe als Teil der Ent- wicklungshilfe einzusetzen?	Hängig beim Parlament; Diskussion verschoben im Okt. 08; Ant- wort BR am 03.09.2008.	+	
Unverändert	Graf Litscher (SP)	GK	30.09.08	Mo	Verständliche Deklara- tion von Lebensmitteln (08.3556)	Gesetzliche Grundlage für eine einfache und einheitliche Deklaration von Le- bensmitteln.	Hängig beim Parlament; Antrag BR: Ablehnung, allenfalls Überweisung als Prüfungs- auftrag.	+	!

Stand der Dinge	Urheber / Urheberin (Partei)	Thema	Datum der Einreichung	Instrument	Titel des Vorstosses (Nummer Curia Vista)	Inhalt des Vorstosses	Stand des Geschäfts	Im Sinne von Gesundheitsförderung und Prävention?	Politische Bedeutung
Unverändert	Kiener Nellen (SP)	GK	01.12.08	Mo	Finanzierung des Projekts Jugend + Sport Kinder (08.3767)	Aufnahme zusätzlicher J+S-Entschädigungen; Verpflichtung der Kantone zur Mitfinanzierung fallen lassen.	Hängig beim Parlament; Antrag BR: Ablehnung.	+	!
Neu	Flückiger-Bäni (SVP)	GK	11.12.09	Ip	Rigide Ernährungsvorschriften zur Erziehung der Bürger? (09.4320)	Kritische Fragen zu Aktivitäten des BAG im Bereich „gesunde Ernährung“.	Hängig beim Parlament. Antwort BR am 24.02.2010	-	!
Unverändert	Heim (SP)	PG	12.06.08	Po	Kampf der hohen Suizidzahl in der Schweiz (08.3366)	Auskunft darüber, wie den hohen Suizidraten in der Schweiz begegnet werden soll; Strategie der Früherkennung psychischer Krankheiten.	Hängig beim Parlament; Antrag BR: Annahme.	+	!
Unverändert	Widmer (SP)	PG	11.06.08	Ip	Suizidprävention seit 2005 (08.3326)	Fragen zur Umsetzung von im Jahr 2005 angekündigten Massnahmen im Bereich Suizid und Suizidprävention.	Hängig beim Parlament; Antwort BR am 27.8.08; Diskussion verschoben im Okt. 08.	+	
Unverändert	Leutenegger Oberholzer (SP)	PG	02.10.08	Mo	Alterspolitik. Aktionsplan zur Umsetzung des Strategieberichts (08.3614)	Aktionsplan für die Umsetzung der den Bund betreffenden Massnahmen des Berichts zur Strategie für eine schweizerische Alterspolitik.	Hängig beim Parlament; Antrag BR: Ablehnung.	+	!
Unverändert	Leutenegger Oberholzer (SP)	PG	02.10.08	Mo	Alterspolitik. Alters-Survey (08.3615)	Prüfung eines periodischen Alters-Survey über die Lebenssituation der Menschen in der zweiten Lebenshälfte.	Hängig beim Parlament; Antrag BR: Ablehnung.	+	!

Stand der Dinge	Urheber / Urheberin (Partei)	Thema	Datum der Einreichung	Instrument	Titel des Vorstosses (Nummer Curia Vista)	Inhalt des Vorstosses	Stand des Geschäfts	Im Sinne von Gesundheits- förderung und Prävention?	Politische Bedeutung
Neu	Robbiani (CVP)	PG	23.09.09	Ip	Wie soll mit den höheren Arbeitsrhythmen umgegangen werden? (09.3824)	Fragen zu den Konsequenzen, welche der Bundesrat aus einer Studie des Seco zu Arbeit und Gesundheit zieht.	Hängig beim Parlament; Antwort BR am 11.11.09.	+	
Neu	Recordon (Grüne)	PG	02.12.09	Ip	Auswirkungen von beruflichem Stress auf die Gesundheit am Arbeitsplatz (09.4043)	Fragen zu Stress und Suizidrisiko im Zusammenhang mit der steigenden Belastung am Arbeitsplatz.	In der Frühlingssession; Antwort BR am 27.01.2010.	+	
Unverändert	Bortoluzzi (SVP)	Alk	20.03.08	Mo	Eigenverantwortung bei exzessivem Alkohol- und Drogenmissbrauch (08.3164)	Abgeltung der medizinischen Notversorgung, welche aufgrund von exzessivem Alkohol- und Drogenmissbrauch notwendig ist, durch die Verursacher oder ihre gesetzlichen Vertreter.	Hängig im Parlament; Antrag BR: Ablehnung.	--	!
Unverändert	Humbel Näf (CVP)	Alk	20.03.08	Mo	Wirksame Massnahmen gegen Rauschtrinken (08.3201)	Massnahmen und gesetzliche Grundlagen, welche vorsehen, dass Rauschtrinker besser in die Verantwortung genommen werden.	Hängig im Parlament; Antrag BR: Ablehnung.	-	!

Bemerkungen: Mo = Motion, Po = Postulat, Ip = Interpellation; GF/P = Gesundheitsförderung und Prävention, GK = Gesundes Körpergewicht, PG = Psychische Gesundheit, Alk = Alkoholprävention.

Anhang 2: Liste der auf Kantonebene hängigen Vorstösse nach Themenbereich

Stand der Dinge	Kanton	Thema	Urheber (Partei)	Instrument	Titel des Vorstosses	Inhalt des Vorstosses	Stand des Geschäfts	Im Sinne von Gesundheitsförderung und Prävention?	Politische Bedeutung
Neu	AG	PG	Friker-Kaspar (SVP)	Mo	Förderung der psychischen Gesundheit im Aargau	Erarbeitung eines umfassenden Konzepts zur Förderung der psychischen Gesundheit im Aargau.	Hängig bei der Regierung.	+	!
Neu	AG	Tab	Christen (SP)	Ip	Vollzug des Bundesgesetzes zum Schutz vor Passivrauchen und dessen Verordnung im Kanton Aargau	Fragen zu Einführung und Umsetzung des nationalen Passivrauchschutzgesetzes im Aargau.	Hängig bei der Regierung.	+	
Unverändert	BE	GK	Geissbühler-Strupler (SVP)	Mo	Einführung eines Moduls zur Ausbildung von Sport- und Gesundheitslehrkräften für die Unterstufe an der Pädagogischen Hochschule Bern	Rechtliche Grundlagen für die Einführung eines Moduls an der Pädagogischen Hochschule zur Erlangung einer spezialisierten Ausbildung für Sport- und Gesundheitsverantwortliche.	Hängig beim Parlament.	+	
Verändert	BE	PG	Marti Anliker (SP-JUSO)	Mo	Strategie psychische Gesundheit im Kanton Bern	Strategie zur Förderung der psychischen Gesundheit, zur Prävention psychischer Krankheiten und zur Koordination der Angebote.	Hängig beim Parlament.	-	!
Verändert	BE	Alk	Blaser (SP-JUSO)	Mo	Einheitliche Regelung für die Abgabe und den Verkauf von alkoholischen Getränken an Jugendliche auf 18 Jahre	Alterslimite 18 Jahre für alle alkoholischen Getränke.	Hängig beim Parlament.	+	!
Neu	BE	Tab	Sutter (FDP)	Mo	Vernünftige Regelung betreffend das Rauchen in Aussenräumen	Rauchen soll in offenen Terrassen, Lauben, Zelten und in Wintergärten „mit Aussenraumcharakter“ erlaubt sein.	Hängig bei der Regierung.	-	

Stand der Dinge	Kanton	Thema	Urheber (Partei)	Instrument	Titel des Vorstosses	Inhalt des Vorstosses	Stand des Geschäfts	Im Sinne von Gesundheitsförderung und Prävention?	Politische Bedeutung
Neu	BE	Tab	Stucki (SP-JUSO)	Mo	Bezahlbare Gesundheit. Prämienverbilligungen finanzieren durch Erhöhung der Tabaksteuer	Die Regierung soll sich auf Bundesebene dafür einsetzen, dass die Tabaksteuer zwecks Verbilligung von Krankenkassenprämien erhöht wird.	Hängig bei der Regierung.	+	!
Unverändert	BS	GF/P	Berger-Coenen (SP)	Anz	Umsetzung des obligatorischen Turn- und Sportunterrichts an den Berufsfachschulen	Volle Umsetzung der vom Bund vorgeschriebenen obligatorischen Turn- und Sportlektionen an den Berufsfachschulen.	Hängig bei der Regierung.	+	!
Unverändert	BS	PG	Martig (SP)	Anz	Neues Altersleitbild für den Kanton Basel-Stadt	Frage, ob das Angebot für ältere Menschen besser vernetzt und ob angesichts der Zunahme die Demenzerkrankten im Altersleitbild besser berücksichtigt werden können.	Hängig bei der Regierung.	+	
Neu	BS	PG	Saner (SP)	Anz	Massnahmenplan zur Förderung der psychischen Gesundheit und zur Prävention von psychischen Erkrankungen für die Bevölkerung in Basel-Stadt	Prüfung von Massnahmen zur Förderung der psychischen Gesundheit und deren Umsetzung.	Hängig bei der Regierung.	+	!
Neu	FR	GK	Bulliard (CVP)	Po	Integration von Alltagskompetenzen / Hauswirtschaft als Pflichtfach	Der Bereich der Alltagskompetenzen/Hauswirtschaft soll als Pflichtfach auf allen Stufen unterrichtet werden.	Hängig bei der Regierung.	+	
Unverändert	JU	GK	Schenk (FDP)	Mo	Simplifier l'organisation des manifestations sportives non motorisées	Vereinfachung und Unterstützung von „nicht-motorisierten“ Sportanlässen.	Hängig bei der Regierung.	+	

Stand der Dinge	Kanton	Thema	Urheber (Partei)	Instrument	Titel des Vorstosses	Inhalt des Vorstosses	Stand des Geschäfts	Im Sinne von Gesundheitsförderung und Prävention?	Politische Bedeutung
Neu	JU	Tab	Burri (CVP)	Mo	Interdiction de vendre du tabac aux jeunes de moins de 18 ans révolus	Die Anpassung der Gesetzgebung im Hinblick auf das Tabak-Verkaufsverbot an Jugendliche unter 18 Jahren vorbereiten	Hängig bei der Regierung.	+	!
Unverändert	SO	GK	Baumann (SP)	At	Ausarbeitung eines Sportgesetzes	Ausarbeitung eines Gesetzesentwurfes für ein neues Sportgesetz.	Hängig bei der Regierung.	+	!
Unverändert	TI	GK	Jelmini (PPD)	Mo	Il nuovo DECS merita una Commissione speciale dello sport	Prüfen der Frage der Einsetzung einer spezifischen Sportkommission	Hängig bei der Regierung.	+	
Unverändert	TI	Alk	Canal (Lega)	Mo	Vietare la vendita e il consumo di bevande alcoliche negli stadi di calcio e nelle piste di hockey	Verbot des Alkoholverkaufs bei Fussball- und Eishockeyspielen.	Hängig beim Parlament.	+	
Unverändert	ZG	GK	Lehmann (SP)	Po	Alle Zuger Kinder können schwimmen	„Road Map“ mit möglichst verbindlicher Planung, welche zur Erreichung des Ziels „Alle Zuger Kinder können schwimmen“ führt.	Hängig bei der Regierung.	+	
Verändert	ZG	PG	Rupan (AL)	Ip	Suizidprävention für homo- und bisexuelle Jugendliche in Zug	Fragen zur speziellen Berücksichtigung der Risikogruppe Homo- und Bisexuelle in kantonalen Suizidpräventionsaktivitäten.	Hängig beim Parlament.	O	
Verändert	ZH	PG	Bucher-Steinegger (GP)	Po	Suizidprävention	Forderung nach einem Bericht über die Suizidprävention und nach einem Suizidpräventionskonzept.	Hängig beim Parlament.	+	!

Stand der Dinge	Kanton	Thema	Urheber (Partei)	Instrument	Titel des Vorstosses	Inhalt des Vorstosses	Stand des Geschäfts	Im Sinne von Gesundheitsförderung und Prävention?	Politische Bedeutung
Neu	ZH	Tab	Schulthess (SP)	An	Verzögerte Umsetzung der Volksinitiative Schutz vor Passivrauchen	Kritische Fragen über die nicht unverzügliche Umsetzung der vom Volk angenommenen Initiative zum Schutz vor Passivrauchen.	Hängig bei der Regierung.	+	
Verändert	ZH	Alk / Tab	Büchi-Wild (SP)	PI	Verankerung von Testkäufen im Gesundheitsgesetz	Änderung des Gesundheitsgesetzes, wonach die Gemeinden zur Durchführung von Testkäufen im Bereich Alkohol und Tabak ermächtigt werden.	Hängig bei der Kommission.	+	!

Bemerkungen: Mo = Motion, Po = Postulat, Anz = Anzug, Ip = Interpellation, An = Anfrage, At = Auftrag, PI = Parlamentarische Initiative; GF/P = Gesundheitsförderung und Prävention, GK = Gesundes Körpergewicht, PG = Psychische Gesundheit, Alk = Alkoholprävention, Tab = Tabakprävention.